

Die Erklärung war deutlich. »Wir sind besorgt über die Lage im Ost- und im Südchinesischen Meer«, teilten die Außenminister der G-7-Staaten auf ihrem Treffen am 11. April in Hiroshima mit. Um die Inseln und Inselgruppen in den beiden Meeren ging es, auf die jeweils die Volksrepublik China und weitere Staaten, von Vietnam über die Philippinen bis hin zu Japan, Anspruch erheben. »Wir drücken unseren starken Widerstand gegen alle einschüchternden, Zwang ausübenden oder provozierenden unilateralen Handlungen aus, die den Status quo ändern und die Spannungen vergrößern könnten«, schrieben die G-7-Vertreter. Auch sollten sämtliche Anrainerstaaten davon Abstand nehmen, in den erwähnten Gewässern »Land zu gewinnen« oder »Außenposten zu schaffen«. Sie sollten selbstverständlich »die Grundsätze der Navigations- und Überflugfreiheit« wahren, fügten die Außenminister hinzu. Und ohnehin müssten sie alles vermeiden, was einer abschließenden Übereinkunft über den territorialen Status der Inseln und Inselgruppen im Weg stehen könne. »Vertrauensbildende Maßnahmen« seien das Gebot der Stunde, hieß es weiter in der Erklärung, bevor die Unterzeichner sich dem nächsten Thema zuwandten und mitteilten, sie lehnten auch »Piraterie und bewaffneten Raub auf See« entschieden ab. Die maritime Sicherheit müsse eben in jeglicher Hinsicht gewahrt werden.

Eigentlich könnte man darüber lachen, dass ausgerechnet die G-7-Außenminister – auch das steht in ihrer Erklärung vom 11. April – »die fundamentale Bedeutung friedlicher Behandlung und Beilegung von Konflikten betonen«. Nur: BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und die USA meinen es mit ihrem Ordnungsruf, der sich natürlich an die Volksrepublik China richtet und nicht oder allenfalls sekundär an die sonstigen in die Auseinandersetzungen verwickelten Staaten, durchaus ernst. Bereits am 15. April 2015 hatten ihre Außenminister auf ihrem Treffen in Lübeck eine ähnlich lautende Erklärung zur »maritimen Sicherheit« verabschiedet – ähnlich, aber gegenüber China noch ein bisschen weniger explizit. Dieses Jahr wurden sie deutlicher. Man solle das Ganze nicht zu hoch hängen, versuchte Felix Heiduk, ein Asienexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), zu beschwichtigen, musste aber am 12. April im Interview mit der *Deutschen Welle* einräumen, dass China in puncto Inselstreitigkeiten »bereits zuvor von nahezu allen Außenministern der G-7-Mitgliedsstaaten direkt kritisiert worden« war. Man könne »die Erklärung der G 7 somit dahingehend deuten«, gestand er zu, dass der »Konflikt über den Fortbestand der US-dominierten Pax Americana in Asien, oder deren Ablösung durch eine von China dominierte regionale Ordnung, nun auch Einzug auf die G-7-Agenda gehalten hat«.

Chinas Zugang zum Pazifik

Die deutsche Außenpolitik und ihre Apparate haben die Konflikte im Ost- und im Südchinesischen Meer seit einigen Jahren mit wachsender Aufmerksamkeit im Blick. Berlin und die EU vertreten bislang »viel mehr Handels- als strategische Interessen« in der Region, urteilte Shaocheng Tang von der National Chengchi University in Taipeh/Taiwan im September 2013 in den *Politischen Studien* der Hanns-Seidel-Stiftung (CSU). Und selbst wenn sie strategische Interessen dort besäßen, so fehle es ihnen noch »an effektiven Mitteln, sich unmittelbar in Ostasien einzumischen«. Weil die europäischen Mächte vor allem ihren Handelsinteressen folgten, seien sie daran interessiert, dass die Konflikte in Ostasien nicht unkontrolliert eskalieren, meinte Tang. Doch beobachtete er bereits damals, den Streit um die (chinesisch) Diaoyu- bzw. (japanisch) Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer analysierend, dass die EU dem »Namensgebrauch Senkaku« zuneige, also »der Haltung Japans nahe stehe«. Warum, wenn doch der Handel mit China und die Investitionen in dem Land weit höhere Gewinne erbringen als Handel und Investitionen in Japan? Einen Hinweis für eine Antwort auf diese Frage gab Tang selbst.



Bei den Auseinandersetzungen um Inseln geht es im Ost- und Südchinesischen Meer nicht nur um Handelswege. Die USA pochen auf ihr angebliches Recht, sich uneingeschränkt – etwa wie auf dem Foto mit dem Flugzeugträger USS »George Washington« – in den Gewässern bewegen zu können (10.7.2012 in einem Hafen von Hongkong)

Schwachstelle

Chinas Handel führt größtenteils über Routen durchs Ost- und Südchinesische Meer. Strategieberater der Bundesregierung diskutieren, ob daraus im Tross der USA Profit geschlagen werden kann oder man einfach nur weiter Geschäfte mit dem Land macht. **Von Jörg Kronauer**

Die EU-Staaten würden es gerne sehen, wenn »die USA in Ostasien für Ordnung sorgen«, beobachtete er. Für nicht wenige im deutschen Establishment trifft letzteres sicherlich zu: Ist man nicht zur europäischen Hegemonialmacht, ja sogar zur globalen Macht aufgestiegen? Und kann man denn sicher sein, von einer stärker chinesisch geprägten Weltordnung immer noch so exzessiv zu profitieren?

In den Jahren 2012 und 2013 wurde in den Apparaten der deutschen Außenpolitik zunächst intensiv über den Streit um die Diaoyu- bzw. Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer diskutiert. Auslöser war, dass die Auseinandersetzungen im Herbst 2012 eskaliert waren (siehe jW-Thema vom 17. und 18.7.2013), nachdem die japanische Regierung einem Privatmann drei der fünf Inseln abgekauft und damit einmal mehr ihren Hoheitsanspruch demonstriert hatte. Wessen Ambitionen sind denn nun eigentlich gerechtfertigt? Trotz der tendenziellen Sympathien für Japan legte Berlin sich keineswegs fest. In den *Politischen Studien* der Hanns-Seidel-Stiftung, die wohl kaum besonderer Sympathien für die Volksrepublik verdächtigt werden kann, vertrat Experte Tang sogar die Auffassung, die

Inseln gehörten zu China. China habe sie in den Zeiten der Qing-Dynastie (1644–1911) in Besitz genommen; Japan habe sie 1895 nach seinem Sieg im Ersten Japanisch-Chinesischen Krieg (1894/95) annektiert. Allerdings sei Japan nach seiner Niederlage im Zweiten Weltkrieg verpflichtet worden, sämtliche eingenommenen Gebiete zurückzugeben, »darunter auch die Diaoyu-Inseln«. Entsprechende Beschlüsse fänden sich in der »Kairoer Erklärung« der Alliierten vom 27. November 1943 und in der »Potsdamer Erklärung« vom 26. Juli 1945. Nur: Japan erkenne diese Beschlüsse schlicht nicht an, klagte Tang, und es habe sich damit im Kalten Krieg gegenüber den Alliierten problemlos durchsetzen können.

Warum streitet man sich eigentlich um kleine, unbewohnte Inseln irgendwo fernab im Meer? Über die Hintergründe machten sich die deutschen Thinktanks, die sich mit der Thematik befassen, damals keine größeren Illusionen. Natürlich gehe es »nicht nur um reiche Vorkommen an Fischen und Rohstoffen (Öl und Gas)«, die im Meer um die Diaoyu- bzw. Senkaku-Inseln zu finden seien, konstatierten Felix Heiduk und Wilhelm Paul in *SWP-Aktu-*

ell 1/2015. Es gehe darum, Gebietsansprüche nicht aufzugeben – eine Frage von prinzipieller Bedeutung also. Zudem seien die Inseln mittlerweile »nationale Symbole« geworden. Vor allem aber habe »die Inselgruppe große geostrategische Relevanz«.

Strategische Fragen besäßen spätestens seit 1996 aus chinesischer Sicht eine herausragende Bedeutung, stellte der Ostasienexperte Martin Wagener von der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung auf den »3. Trierer China-Gesprächen« der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und der Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) im Juni 2013 fest. 1996 hätten die Vereinigten Staaten in Auseinandersetzungen zwischen der Volksrepublik und Taiwan interveniert, indem sie zwei Flugzeugträger-

kampfgruppen in die Nähe der chinesischen Küste entsandten, rief Wagener in Erinnerung. Beijing sei daraufhin dazu übergegangen, Vorkehrungen zu treffen, um erneute »Interventionen der USA an der chinesischen Peripherie« zumindest zu erschweren. Dazu hätten Rüstungsprojekte wie die Entwicklung der Antischiffsrakete »Dongfeng 21 D« gehört, aber auch strategische Vorkehrungen.

Taiwan, die Philippinen und die Volksrepublik haben auf ihnen feste Militärstützpunkte errichtet, wozu teilweise Land aufgeschüttet werden musste. Die territoriale Zugehörigkeit der Inseln ist in vielen Fällen umstritten. Das ist – ganz wie bei den Diaoyu/Senkaku-Inseln – längst nicht nur wegen der Erdöl- und Erdgasvorkommen von Bedeutung, die unweit der Inselgruppe unter dem Meeresboden vermutet werden. Die Inseln liegen vor allem an geostrategisch bedeutender Stelle – mitten im Südchinesischen Meer, durch das der Schifftransport aus Europa, Afrika und dem Mittleren Osten nach Ostasien, insbesondere in die Volksrepublik China erfolgt. Fast ein Drittel des weltweit auf dem Seeweg beförderten Erdöls etwa wird, wie die Militärzeitschrift *Marine-Forum* im Jahr 2014 berichtete, durch das Südchinesische Meer transportiert, außerdem weitere Waren im Wert von zuletzt mehr als fünf Billionen US-Dollar pro Jahr.

Im *Marine-Forum* wird die strategische Bedeutung der Spratly-Inseln vor diesem Hintergrund näher beschrieben. Sie seien zwar nur »eine Ansammlung von mehreren hundert Riffen, Atollen, Sandbänken, kleinen und winzigen Inseln«, deren Gesamtfläche – definiert durch alle Gebiete, die »bei Flut aus dem Wasser ragen« – nur knapp fünf Quadratkilometer betrage, wobei »die höchste Erhebung nur vier Meter aus dem Wasser ragt«, berichtete ein ehemaliger Dozent an der Hamburger Bundeswehr-Führungsakademie in dem Blatt. Allerdings erstreckten sich die Inselsplitter über ein Seegebiet, das deutlich größer ist als die Bundesrepublik. Es könne heute dank GPS ohne Risiko durchfahren werden. Das spare eine Menge Zeit und Geld, weshalb dort inzwischen »bis zu 300 Supertanker, Bulk Carrier (Massengutfahrer, jW) und riesige Containerschiffe« am Tag unterwegs seien. Wer die Spratly-Inseln kontrolliert, kontrolliert allerdings nicht nur die Inselregion selbst und damit die kostengünstigsten Seewege, sondern auch große Teile des Südchinesischen Meeres und mit diesen die Rohstoffversorgung Chinas. Die *Washington Post* urteilte dementsprechend im Mai 2014, die Volksrepublik könne, indem sie eine gewisse Marinepräsenz im Südchinesischen Meer sichere, »größeres Zutrauen gewinnen, dass die Vereinigten Staaten nicht in der Lage sein werden, ihre Versorgung abzuschneiden«.

Letztere hatten eine Menge mit den Diaoyu-/Senkaku-Inseln zu tun. Das hatte schon 2012 das German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in einer Analyse festgestellt. Diesen Inseln komme »entscheidende geostrategische Bedeutung« zu, konstatierte das GIGA: Sie lägen »auf halber Strecke zwischen China und Japan«; »von hier aus« ließen sich »große Teile der Schifffahrtswege kontrollieren, auf denen knapp 90 Prozent der Öl- und Gaslieferungen nach China und Japan verschifft werden«. Zudem spiele die Inselgruppe »in Chinas sicherheitspolitischer Doktrin (...) eine zentrale Rolle im Konzept der ›Ersten Inselkette‹ vor dem chinesischen Festland«, die »eine Art maritimes Frühwarnsystem« bilde. »Japan könnte mit der Souveränität über die Diaoyu/Senkaku-Inseln nicht nur die ›Erste Inselkette‹ sprengen«, also Chinas Verteidigungsring zerstören, »sondern darüber hinaus Chinas Zugang zum Pazifik blockieren«, hieß es in der GIGA-Analyse. Es geht also beim Streit um die Diaoyu-/Senkaku-Inseln darum, ob man – zugespitzt ausgedrückt – den Zugang der Volksrepublik zu den Handelswegen im Pazifik absperren und sie erfolgreich angreifen kann. Die hohe Bedeutung der Inseln für chinesische Defensivstrategien liegt damit auf der Hand.

US-Navy im Südchinesischen Meer

Mit der rein militärstrategischen Bedeutung der Spratly- und der etwas weiter nördlich gelegenen Paracel-Inseln hat sich im vergangenen Jahr die SWP befasst. Konkreter Anlass waren Berichte vom Frühjahr 2015 über den Aufbau auch militärisch nutzbarer Anlagen auf einigen der Inseln durch die Volksrepublik China. Die Maßnahmen waren, wie der Major im Generalstab Christian Becker von der SWP-Forschungsgruppe »Asien« schrieb, schon lange im Gange und deshalb »naturgemäß nicht geheimzuhalten«. Nun hatte aber die US-Regierung offenkundig beschlossen, mit »Informationen, die sie über einen langen Zeitraum gesammelt hatte, an die Öffentlichkeit zu gehen«. Durch die US-Medienoffensive »wurde der Eindruck einer beunruhigenden chinesischen Aktivität im Südchinesischen Meer geweckt«, konstatierte Becker. »Dass andere Staaten wie Taiwan und Vietnam (...) schon deutlich früher mit ähnlichen – wenngleich nicht annähernd so ambitionierten – Ausbaumaßnahmen auf von ihnen kontrollierten Inseln begonnen hatten, wurde nur am Rande erwähnt.« So sei ein Bild von China als einem »aggressiven und expansionistischen Akteur« vermittelt worden. Doch stimme das überhaupt mit den Fakten überein?

Strategisch wichtig: Spratly-Inseln

Bald nach den Inseln im Ostchinesischen Meer sind auch die Inseln im Südchinesischen Meer in den Fokus der deutschen Außenpolitik-institutionen geraten – die Paracel-, vor allem aber die Spratly-Inseln, von denen jeweils einige von Vietnam, Taiwan, den Philippinen, Malaysia, dem Sultanat Brunei und der Volksrepublik China kontrolliert werden. Vietnam, Taiwan, die Philippinen und die Volksrepublik China haben auf einigen Spratly-Inseln Soldaten stationiert und unterhalten Flugplätze dort.

Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres, die ebenfalls Anspruch auf die Inseln erheben, aber »China militärisch deutlich unterlegen« seien, könnten sie »ohne Eingreifen der USA« kaum noch erobern. US-Operationen gegen die militärisch befestigten Inseln wären allerdings ihrerseits »mit höheren militärischen und damit auch politischen Kosten verbunden«. Der Ausbau der Inseln im Südchinesischen Meer sei also aus Sicht Beijings »eine sinnvolle Maßnahme zum Schutz des Status quo durch Abschreckung« – nicht mehr und nicht weniger. Man müsse das Bild von einem aggressiven China, das mit dem Aufbau militärischer Anlagen etwa auf den Spratly-Inseln »nach der Schrittfolge eines Masterplans vorgeht, zumindest hinterfragen«.

Die SWP war erkennbar um Deeskalation bemüht. Ihre Einschätzung entsprach damit präzise den Tagesinteressen der deutschen Wirtschaft, die sich um ihr Chinageschäft sorgte, während der transatlantische Flügel des Berliner Establishments rasch auf die US-Medienoffensive aufsprang. Es geht derzeit um Grundsätzliches. Mit der Medienoffensive bereite Washington weitere Schritte vor: Ende Oktober 2015 drang der Lenkwaffenzerstörer USS »Lassen« demonstrativ in die Zwölf-Meilen-Zone um das von China beanspruchte Subi-Riff im nördlichen Spratly-Gebiet ein, Ende Januar tat es ihm die USS »Curtis Wilbur«, ebenfalls ein Lenkwaffenzerstörer, vor der Paracel-Insel Triton gleich. Die Ursache: China, aber auch andere Länder wie Vietnam, Malaysia, Indien, Sri Lanka oder Iran, sind der Auffassung, dass militärische Durchfahrten durch die Zwölf-Meilen-Zone, genau genommen sogar auch Durchfahrten durch die sogenannte Ausschließliche Wirtschaftszone (bis zu 200 Meilen vor der Küste), beim Küstenstaat in aller Form anzumelden sind. Vor allem Hardliner in Washington drangen nun darauf, sich das vermeintliche Recht auf militärische Durchfahrt durch die Zwölf-Meilen-Zone quasi per Handstreich zu sichern. »Ich hoffe, dass diese Operationen« – gemeint waren die eigenmächtigen Durchfahrten durch die Zwölf-Meilen-Zone von Beijing beanspruchter Inseln – »so alltäglich werden,



dass China und andere Anspruchsteller sie als normale Ereignisse hinnehmen«, erklärte Ende Januar der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im US-Senat, John McCain.

BRD an der Seite der USA

Spielt es wirklich eine Rolle, ob westliche Kriegsschiffe freie Fahrt inmitten der Spratly- und der Paracel-Inseln haben? Durchaus, urteilte im März Michael Paul von der SWP-Forschungsgruppe Sicherheitspolitik. Zwar sei offiziell stets davon die Rede, es gehe lediglich um »offene Seewege« im Sinne des »freien Welthandels«. Tatsächlich aber streite man, weil eine Einschränkung der militärischen Navigationsfreiheit sich ähnlich auswirken könne »wie manche militärische Abhätetaktik«: Wollten die USA oder andere westliche Mächte »zum Schutz eines Bündnispartners beispielsweise in Ostasien« intervenieren, dann müs-

sten sie, wenn sie die Zwölf-Meilen-Zone zum Beispiel vor chinesischen Inseln nicht nutzen dürften, »im See- und Luftraum erheblich verringerte Einwirkungsmöglichkeiten« hinnehmen. »Davon wären schiffseigene Sensoren und Wirkmittel ebenso betroffen wie U-Boote, die nur mehr aufgetaucht solche Gebiete passieren dürften«, erläuterte Paul von der SWP – und folgerte, wenn China sich mit seiner Position durchsetze, dann habe das »signifikante Auswirkungen auf die Außen- und Sicherheitspolitik der USA und ihrer Verbündeten«.

Letztlich geht es also tatsächlich um die Frage, ob – wie SWP-Experte Felix Heiduk es formulierte – die »Pax Americana« in Ostasien fortbesteht oder ob sie in nächster Zeit durch eine von China geprägte regionale Ordnung abgelöst wird. Wie soll Deutschland sich in dieser Frage positionieren? Die Antworten sind ähnlich widersprüchlich, wie die Äußerungen zur deutschen Russland-Politik es waren, bevor der Machtkampf um die Ukraine eskalierte. Während die SWP mehrfach davor gewarnt hat, den ostasiatischen Inselstreit eskalieren zu lassen und die US-Flottenoperationen in der Zwölf-Meilen-Zone vor chinesischen Inseln ganz offen als »moderne Kanonenbootdiplomatie« kritisiert, äußerte zum Beispiel Karl-Heinz Kamp, der Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, kurz vor der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz im Februar: »Ein engerer Schulterschluss der westlichen Welt ist dringend erforderlich.« Die Volksrepublik China baue sich »zu einem Gegengewicht zur bisherigen Ordnungsmacht USA« auf; da müsse man sich unbedingt »an den Gedanken des politischen ›Westens‹ zurück erinnern«: Der habe schließlich »über eine lange Periode Freiheit und Sicherheit« garantiert. Freiheit und Sicherheit – nun ja. Aber darum geht's ja auch nicht. Deutschland hat seinen Durchbruch zur Vormacht Europas und zum Machtfaktor in der Weltpolitik, wie gesagt, in der Ära der US-Hegemonie erzielt. Ob ein stärkeres China Berlin den Raum dazu ließe? Im deutschen Establishment wird das von nicht wenigen bezweifelt. Und so hat die Bundesregierung ihr Plazet zu der Erklärung der

■ Jörg Kronauer ist freier Journalist und lebt seit einiger Zeit in London. Er analysierte auf diesen Seiten am 14.10.2015 die deutsch-indonesischen Beziehungen.

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themeseiten:
Zum 125. Geburtstag des Komponisten Sergej Prokofjew
Von Kai Köhler